Hauptantrag

Initiator_nnen: Julia Deutsch, Tobias Hübl, Markus Österreicher, Philipp Pichler, Thomas Weber

Titel: **Für eine moderne Erinnerungskultur in Wien!**

Antragstext

Die Debatten um die öffentliche Ehrung von historisch belasteten Persönlichkeiten wie Edward Colston, Wladimir Iljitsch Lenin oder Karl Lueger haben durch Bewegungen wie Black Lives Matter weltweit, aber auch in Österreich, wieder an Aufmerksamkeit gewonnen. Im Mittelpunkt steht die kritische Auseinandersetzung mit Denkmälern und Ehrungen von Personen, deren historische Rolle heute kontrovers diskutiert wird. Die Frage, wie mit solchen Denkmälern umgegangen werden soll - sei es durch Erhaltung, Kontextualisierung oder Entfernung - wird immer intensiver und öffentlicher diskutiert.

Prominentestes Beispiel in Wien ist wohl das Denkmal Karl Luegers, eines Politikers, der - wie auch im Historiker:innenbericht der Stadt Wien dargelegt - seinen politischen Erfolg maßgeblich auf den grassierenden Antisemitismus stützte. Dennoch wird Lueger bis heute mit einem imposanten Denkmal im Stadtbild geehrt. Ob und wie dieses Denkmal neu kontextualisiert werden soll, wurde in den letzten Jahren heftig diskutiert - von der Anbringung von Informationstafeln bis hin zur Idee, das Denkmal ganz zu entfernen.

Nach jahrelangen Debatten, Interventionen wie der Aufschrift 'Schande' auf dem Denkmal und einem Wettbewerb für Kontextualisierungskonzepte entschied sich die Stadt Wien schließlich für eine symbolische Maßnahme: Die Statue wird für 500.000 Euro um 3,5 Grad nach rechts geneigt. Diese Entscheidung zeigt die Komplexität der Diskussion und wirft die Frage auf, ob damit der historischen Verantwortung im Umgang mit Luegers Erbe ausreichend Rechnung getragen wird.

Auch der Leopold-Kunschak-Platz, benannt nach einem Antisemiten und engen

Parteigänger Karl Luegers, wurde zum Schauplatz heftiger Debatten, als die Forderung laut wurde, ein weiteres Denkmal für Kunschak zu errichten.

Erinnerungskultur als Chance verstehen

Die Debatte um den Umgang mit öffentlichen Ehrungen belasteter historischer Personen sehen wir als Chance für eine neue Erinnerungskultur, die faktenbasiert von einer möglichst breiten Öffentlichkeit diskutiert wird und die Geschichte vor denjenigen schützt, die sie nur politisch instrumentalisieren wollen.

Politische Verantwortung übernehmen

Aus unserer Sicht ist der Umgang mit der öffentlichen Ehrung historisch belasteter Personen nicht nur eine Frage der Geschichte, sondern auch der politischen Verantwortung. Diese Denkmäler und Ehrungen repräsentieren nicht einfach 'die' oder 'unsere' Geschichte, sondern sind Produkte ihrer jeweiligen Zeit und Mentalität. Die Veränderung solcher Erinnerungsformen ist keine Geschichtsverfälschung, sondern eine gängige Praxis im Umgang mit Geschichte, die in allen Epochen vor der unseren üblich war.

Für den Umgang mit Ehrungen im öffentlichen Raum (Denkmäler, Benennungen) gibt es aus unserer Sicht keine allgemeine Regel. Dies würde auch der historischen Realität nicht gerecht. Jedes Denkmal und jede Benennung muss für sich diskutiert und abgewogen werden. Aufgabe der Politik ist es, dafür den geeigneten Rahmen zu schaffen.

Dabei sehen wir die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte als Chance, sich von einem einseitigen Geschichtsbild zu lösen und eine lebendige Erinnerungskultur zu gewinnen, die sich auch den belasteten Kapiteln einer Geschichte mutig stellt.

Grundlage dieser Diskussionen müssen aus unserer Sicht wissenschaftliche Erkenntnisse sein. Die Entscheidung, wie mit öffentlichen Ehrungen belasteter Persönlichkeiten umgegangen wird, bleibt aber immer eine politische Verantwortung, die am Ende eines öffentlichen Diskurses unter Beteiligung der Bürger:innen steht.

Kurator:innen für den öffentlichen Raum

Museen verfügen über Kurator:innen, die den nötigen Kontext für ein breiteres

Verständnis von Artefakten herstellen. Sie schaffen damit die wissenschaftliche Grundlage für ein besseres Verständnis der Objekte. Im öffentlichen Raum hingegen fehlt diese Funktion: Denkmäler stehen oft ohne Kontext in der Öffentlichkeit und zementieren Geschichtsbilder.

Wir fordern daher die Einrichtung von Kurator:innen für den öffentlichen Raum, idealerweise im Wien Museum angesiedelt. Diese sollen hier Abhilfe schaffen und gemeinsam mit den Gebietsbetreuungen, die bereits Expertise für Beteiligungsformate zur Verfügung stellen, die Grundlage für öffentliche Debatten über belastete historische Personen schaffen. Auch bei Neupräsentationen von Denkmälern oder Neu- bzw. Umbenennungen im öffentlichen Raum soll dieser Prozess einer politischen Entscheidung vorausgehen.

Leitlinien einer modernen Erinnerungskultur

Als Basis für die Implementierung einer modernen Erinnerungskultur **fordern wir** die Anwendung folgender Leitlinien:

Die ausschließliche Anbringung von Zusatztafeln halten wir für einen mut- und ideenlosen Minimalkompromiss, der nicht in der Lage ist, ein breites Geschichtsverständnis abzubilden. Diese Zusatztafeln tragen nicht zu einer kritischen Auseinandersetzung bei und schreiben im schlimmsten Fall ein einseitiges Geschichtsbild fort.

Ebenso kritisch sehen wir das Verräumen von Statuen belasteter historischer Personen in Museen, da dies häufig ein politisches Mittel ist, um der öffentlichen Debatte mit problematischen Denkmälern auszuweichen. Volle Depots tragen nicht zu einer kritischen Auseinandersetzung bei und geben die politische Verantwortung für den Umgang mit solchen Denkmälern an die Museen ab.

Gleichzeitig erkennen wir aber auch, dass es sinnvolle Ausnahmen von diesen beiden Leitlinien geben kann, wie der Umgang mit der Statue des Sklavenhändlers Edward Colston zeigt.*

Bürokratie aus dem Weg räumen

Bürokratie darf kein Hindernis für eine moderne Erinnerungskultur sein. Der Verwaltungsaufwand muss daher so gering wie möglich gehalten werden. Kosten, die den Bürger:innen aus so einer Umbenennung direkt im Bereich der staatlichen Verwaltung entstehen, müssen von der öffentlichen Hand übernommen werden.

Fazit

Die Auseinandersetzung mit Denkmälern und öffentlichen Ehrungen historisch belasteter Personen bietet uns die Chance, unsere Erinnerungskultur weiterzuentwickeln. Es geht nicht darum, Geschichte zu verfälschen oder gar auszulöschen, sondern sie kritisch zu hinterfragen und in einen zeitgemäßen Kontext zu stellen.

Nutzen wir diese Chance!

** Die Statue wurde zusammen mit dem angebrachten Graffiti, den Seilen, mit denen sie gestürzt wurde, und einer Sammlung von mehr als 500 Plakaten als Beispiel für ein sich wandelndes Geschichtsbild in einem Museum in Bristol aufgestellt.*

PDF-Upload

Für eine moderne Erinnerungskultur in Wien!

Antrag für Wiener Landesmitgliederversammlung 16.11.2024
Antragsteller: Deutsch Julia, Hübl Tobias, Österreicher Markus, Pichler Philipp, Weber Thomas (alphabetisch)

Die Debatten um die öffentliche Ehrung von historisch belasteten Persönlichkeiten wie Edward Colston, Wladimir Iljitsch Lenin oder Karl Lueger haben durch Bewegungen wie Black Lives Matter weltweit, aber auch in Österreich, wieder an Aufmerksamkeit gewonnen. Im Mittelpunkt steht die kritische Auseinandersetzung mit Denkmälern und Ehrungen von Personen, deren historische Rolle heute kontrovers diskutiert wird. Die Frage, wie mit solchen Denkmälern umgegangen werden soll - sei es durch Erhaltung, Kontextualisierung oder Entfernung - wird immer intensiver und öffentlicher diskutiert.

Prominentestes Beispiel in Wien ist wohl das Denkmal Karl Luegers, eines Politikers, der - wie auch im Historiker:innenbericht der Stadt Wien dargelegt - seinen politischen Erfolg maßgeblich auf den grassierenden Antisemitismus stützte. Dennoch wird Lueger bis heute mit einem imposanten Denkmal im Stadtbild geehrt. Ob und wie dieses Denkmal neu kontextualisiert werden soll, wurde in den letzten Jahren heftig diskutiert - von der Anbringung von Informationstafeln bis hin zur Idee, das Denkmal ganz zu entfernen.

Nach jahrelangen Debatten, Interventionen wie der Aufschrift 'Schande' auf dem Denkmal und einem Wettbewerb für Kontextualisierungskonzepte entschied sich die Stadt Wien schließlich für eine symbolische Maßnahme: Die Statue wird für 500.000 Euro um 3,5 Grad nach rechts geneigt. Diese Entscheidung zeigt die Komplexität der Diskussion und wirft die Frage auf, ob damit der historischen Verantwortung im Umgang mit Luegers Erbe ausreichend Rechnung getragen wird.

Auch der Leopold-Kunschak-Platz, benannt nach einem Antisemiten und engen Parteigänger Karl Luegers, wurde zum Schauplatz heftiger Debatten, als die Forderung laut wurde, ein weiteres Denkmal für Kunschak zu errichten.

Erinnerungskultur als Chance verstehen

Die Debatte um den Umgang mit öffentlichen Ehrungen belasteter historischer Personen sehen wir als Chance für eine neue Erinnerungskultur, die faktenbasiert von einer möglichst breiten Öffentlichkeit diskutiert wird und die Geschichte vor denjenigen schützt, die sie nur politisch instrumentalisieren wollen.

Politische Verantwortung übernehmen

Aus unserer Sicht ist der Umgang mit der öffentlichen Ehrung historisch belasteter Personen nicht nur eine Frage der Geschichte, sondern auch der politischen Verantwortung. Diese Denkmäler und Ehrungen repräsentieren nicht einfach 'die' oder 'unsere' Geschichte, sondern sind Produkte ihrer jeweiligen Zeit und Mentalität. Die Veränderung solcher Erinnerungsformen ist keine Geschichtsverfälschung, sondern eine gängige Praxis im Umgang mit Geschichte, die in allen Epochen vor der unseren üblich war.

Für den Umgang mit Ehrungen im öffentlichen Raum (Denkmäler, Benennungen) gibt es aus unserer Sicht keine allgemeine Regel. Dies würde auch der historischen Realität nicht gerecht. Jedes Denkmal und jede Benennung muss für sich diskutiert und abgewogen werden. Aufgabe der Politik ist es, dafür den geeigneten Rahmen zu schaffen.

Dabei sehen wir die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte als Chance, sich von einem einseitigen Geschichtsbild zu lösen und eine lebendige Erinnerungskultur zu gewinnen, die sich auch den belasteten Kapiteln einer Geschichte mutig stellt.

Grundlage dieser Diskussionen müssen aus unserer Sicht wissenschaftliche Erkenntnisse sein. Die Entscheidung, wie mit öffentlichen Ehrungen belasteter Persönlichkeiten umgegangen wird, bleibt aber immer eine politische Verantwortung, die am Ende eines öffentlichen Diskurses unter Beteiligung der Bürger:innen steht.

Kurator:innen für den öffentlichen Raum

Museen verfügen über Kurator:innen, die den nötigen Kontext für ein breiteres Verständnis von Artefakten herstellen. Sie schaffen damit die wissenschaftliche Grundlage für ein besseres Verständnis der Objekte. Im öffentlichen Raum hingegen fehlt diese Funktion: Denkmäler stehen oft ohne Kontext in der Öffentlichkeit und zementieren Geschichtsbilder.

Wir fordern daher die Einrichtung von Kurator:innen für den öffentlichen Raum, idealerweise im Wien Museum angesiedelt. Diese sollen hier Abhilfe schaffen und gemeinsam mit den Gebietsbetreuungen, die bereits Expertise für Beteiligungsformate zur Verfügung stellen, die Grundlage für öffentliche Debatten über belastete historische Personen schaffen. Auch bei Neupräsentationen von Denkmälern oder Neu- bzw. Umbenennungen im öffentlichen Raum soll dieser Prozess einer politischen Entscheidung vorausgehen.

Leitlinien einer modernen Erinnerungskultur

Als Basis für die Implementierung einer modernen Erinnerungskultur **fordern wir** die Anwendung folgender Leitlinien:

Die ausschließliche Anbringung von Zusatztafeln halten wir für einen mut- und ideenlosen Minimalkompromiss, der nicht in der Lage ist, ein breites Geschichtsverständnis abzubilden. Diese Zusatztafeln tragen nicht zu einer kritischen Auseinandersetzung bei und schreiben im schlimmsten Fall ein einseitiges Geschichtsbild fort.

Ebenso kritisch sehen wir das Verräumen von Statuen belasteter historischer Personen in Museen, da dies häufig ein politisches Mittel ist, um der öffentlichen Debatte mit problematischen Denkmälern auszuweichen. Volle Depots tragen nicht zu einer kritischen Auseinandersetzung bei und geben die politische Verantwortung für den Umgang mit solchen Denkmälern an die Museen ab.

Gleichzeitig erkennen wir aber auch, dass es sinnvolle Ausnahmen von diesen beiden Leitlinien geben kann, wie der Umgang mit der Statue des Sklavenhändlers Edward Colston zeigt.[1]

Bürokratie aus dem Weg räumen

Bürokratie darf kein Hindernis für eine moderne Erinnerungskultur sein. Der Verwaltungsaufwand muss daher so gering wie möglich gehalten werden. Kosten, die den Bürger:innen aus so einer Umbenennung direkt im Bereich der staatlichen Verwaltung entstehen, müssen von der öffentlichen Hand übernommen werden.

Fazit

Die Auseinandersetzung mit Denkmälern und öffentlichen Ehrungen historisch belasteter Personen bietet uns die Chance, unsere Erinnerungskultur weiterzuentwickeln. Es geht nicht darum, Geschichte zu verfälschen oder gar auszulöschen, sondern sie kritisch zu hinterfragen und in einen zeitgemäßen Kontext zu stellen.

Nutzen wir diese Chance!

---

[1] Die Statue wurde zusammen mit dem angebrachten Graffiti, den Seilen, mit denen sie gestürzt wurde, und einer Sammlung von mehr als 500 Plakaten als Beispiel für ein sich wandelndes Geschichtsbild in einem Museum in Bristol aufgestellt.